

Feminismus für alle!

Einleitung zum Schwerpunkt

von Claudia Bogedan und Katharina Oerder



Foto: www.fotolia.com, © unitypix

Auf dem Bundesparteitag wurde nach Jahren der Auseinandersetzung der „Reißverschluss“ bei der Listenaufstellung endlich in der Satzung der SPD verankert. Die Kanzlerin und ihre konservativen Regierungskolleginnen diskutieren derweil über die Quote von Frauen in den höchsten Führungsgremien deutscher Unternehmen. Man könnte denken, die Frage der Gleichstellung der Geschlechter ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Geschlossene Männerbünde in Politik und Wirtschaft scheinen heute nicht mehr salonfähig zu sein. Ein großer Erfolg gegenüber vergangenen Zeiten.

Wer sich heute mit dem Thema Feminismus und Geschlechterungleichheit auseinandersetzt, muss sich daher immer wieder

rechtfertigen, keine rückwärtsgewandten Debatten zu führen oder längst vergangene Schlachten zu kämpfen. Wozu also nun ein erneuter spw-Schwerpunkt zu Feminismus?

1. Unerwartetes Comeback: Feminismus wieder auf der öffentlichen Tagesordnung

Nach einer eher Feminismus-feindlich geprägten Umgebung um die Nullerjahre herum, wird nun wieder über das „F-Wort“ gesprochen. Überraschend jedoch, wer genau da über Feminismus redet:

Es war nicht die SPD, die dieses Thema wieder auf die Tagesordnung geholt hat. Die gesellschaftliche Debatte verläuft diesmal weitestgehend losgelöst von linken Par-

teien und Lehrstühlen. Vielmehr sind es das Feuilleton oder die Wirtschaft, die Frauen als Arbeitskräfte benötigen, und die jungen und erfolgreichen Frauen selbst, die es satt haben, sich zwischen Kindern und Karriere aufzureiben.

In vielen Beiträgen und Büchern haben sie damit die Rede vom „neuen Feminismus“ bewirkt. Genauso umstritten wie viele ihrer Themen (Pornographie, Prostitution), ist auch die Frage, was überhaupt neu ist, an diesem Feminismus. Sind es nicht die gleichen Problematiken nur in neuen Gewändern wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, (finanzielle) Gleichstellung im Beruf, Partizipationsmöglichkeiten in allen Ebenen der Gesellschaft (Führungspositionen, Politik)?

Dieser Kampf um Begrifflichkeit und Vereinnahmung wird wie immer besonders erbittert innerhalb der Feministinnen und Feministen selbst geführt. Trotz aller Debatte um die Begrifflichkeit, ob alt, ob neu, ist es eine Errungenschaft dieser neuen Akteurinnen, „Feminismus“ wieder auf die Tagesordnung geholt zu haben.

Veränderte Akteurslandschaft heißt, auch veränderte Bündnisse schmieden zu müssen bzw. zu können. Nicht mehr nur feste institutionalisierte Zusammenschlüsse wie die Frauenausschüsse der Gewerkschaften sind heutzutage Anlaufstellen für einen linken Feminismus. Auch lose Bündnisse von Frauen, kurzfristige Initiativen, single-issue-Gruppen müssen als Kooperationspartnerinnen gewonnen werden. Mit dem Barcamp und dem spd-fem.net haben engagierte junge Sozialdemokratinnen solche Angebote für die junge Generation geschaffen. In der Breite der Partei und insbesondere in der traditionsstarken ASF herrschen jedoch noch eingetretene Pfade und herkömmliche Bündnisstrukturen vor.

2. Zweifel an der Entwicklungsrichtung sind angebracht. Gleichstellungspolitischer Fortschritt verläuft nicht zwangsläufig

Die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten sind kein Überbleibsel aus vergangenen Tagen, die sich von selbst auflösen werden. Trotz der erzielten Erfolge ist das Verschwinden „gläserner Decken“ und des „gender pay gaps“ nicht bloß eine Frage der Zeit. Auch heute werden Geschlechterunterschiede täglich konstruiert und weitergegeben. Aussagen wie „typisch Frau“ oder „typisch Mann“ zeigen die tiefe kulturelle Verwurzelung geschlechtlicher Stereotype, die sich trotz rechtlicher Gleichstellung noch zahlreich in Strukturen niederschlagen: angefangen von den typischen „Frauenberufen“ über Debatten zur Mutterrolle bis hin zum Wunsch der Familienministerin nach einer finanziellen Förderung eines Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit („Herdprämie“).

Trotz zahlreicher Belege für erreichte Gleichstellung und gewonnener (Wahl-)Freiheiten wie Frauenwahlrecht, freie Berufs- und Studienwahl, hohe Bildungsmöglichkeiten, treffen Frauen daher auch heute noch auf strukturelle und ideologische Barrieren. Diese wirken heute oftmals subtiler und verdeckter und erschweren somit eine Aufdeckung und gesellschaftliche Bearbeitung. Gegen ein Gesetz vorzugehen ist schließlich deutlich einfacher und leichter nachzuvollziehen, als gegen Barrieren in den Köpfen zu kämpfen.

Trotz aller Erfolge: viele Problematiken für Frauen sind auch heute noch tagtäglich virulent. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer (im Durchschnitt 23 Prozent). Die Verantwortlichkeit für Familie und Haushalt, die sogenannten Reproduktionsaufgaben, verbleiben auch bei gesteigerter Erwerbstätigkeit der Frauen in deren familialer Zuständigkeit. Die Lösungen, um Familie und Beruf

zu vereinbaren, müssen Frauen daher immer noch individuell für sich selbst suchen und gestalten. Gleichzeitig wachsen junge Frauen mit der Anforderung auf, sowohl die familiäre Sorgeverantwortung zu übernehmen als auch ihre ökonomische Eigenständigkeit zu sichern (manifestiert durch das reformierte Unterhaltsrecht). Und auch von Sexismus und „Mädchen“-Denken sind wir noch immer nicht weit entfernt.

3. Gleichstellung verkommt zum Oberschichten-Projekt

Die derzeit in der Diskussion befindlichen politischen Maßnahmen zielen vor allem auf die verbesserten beruflichen Möglichkeiten gut qualifizierter Frauen. Hier besteht ein entsprechendes Interesse auch seitens der Wirtschaft. Zudem werden Frauen wie Familienministerin Kristina Schröder oder SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles als Beispiele angeführt, um zu unterlegen, dass heute Karriere auch ohne Verzicht auf Kinder („doppelte Vergesellschaftung“) möglich sei.

Das ist nicht an sich verwerflich. Allerdings wird dies dann zum Problem, wenn dieser Feminismus, wenn diese Bewegung gar nicht mehr den Anspruch hat, alle Frauen zu erreichen, sondern es sich in seinem Eliten-Feminismus schön behaglich macht und die soziale Frage auf die vielbeschriebene „gläserne Decke“ reduziert, ohne die Feminisierung prekärer, niedrig bezahlter Teilzeitarbeit zu beachten.

Unausgesprochen bleiben dabei insbesondere die ungleichen Voraussetzungen, die diesen Müttern gegenüber der Vielzahl der Familien die Vereinbarkeit ermöglichen. Nur bei massiven finanziellen Ressourcen oder personeller Unterstützung durch die Familie ist eine tatsächliche Vereinbarkeit, zumindest für Frauen, zu realisieren.

Gleichzeitig offenbart die Debatte um Minijobs, dass trotz des Bestrebens der Wirt-

schaft auf hoch-qualifizierte Frauen und ihre Ressourcen nicht zu verzichten, das Gros der Frauen nach wie vor gerne auch als billige und willige Arbeitskräfte ausgebeutet wird.

4. Gesellschaftliche Missstände werden versucht auf individueller Ebene zu lösen

Anstatt viele der Probleme als strukturelle zu begreifen, werden gleichstellungspolitische Probleme wie mangelnde Kinderbetreuung, diskriminierende Strukturen im Beruf oder in der Familie oftmals als individuelles Problem verstanden. In einer „Frauen können alles schaffen, wir müssen nur härter arbeiten“-Haltung werden sowohl persönliche Erfolge wie auch Verfehlungen individuell attribuiert und erklärt. Wenn eine Frau es an die Spitze eines Unternehmens geschafft hat, dann, weil sie selbst so effektiv und erfolgreich war, wer es nicht schafft war eben nicht fleißig genug. Dies führt dazu, dass hauptsächlich individuelle Lösungen wie Elterninitiativen zur Kinderbetreuung gesucht werden. Wem die Optimierung und Marktkonformität des eigenen Alltags nicht gelingt, ist entsprechend selber schuld.

Um selbstbestimmt leben zu können reicht es für Frauen aber nicht aus, in ihrem eigenen Leben zu verharren, und dort, allein im Privaten, eine Lösung für gesellschaftlich angelegte Probleme wie mangelnde Kinderbetreuungsstrukturen oder steuerliche Benachteiligungen zu suchen. Für ein wirklich selbstbestimmtes Leben müssen gesellschaftliche Strukturen verändert, kollektive Lösungen gefunden werden.

Beiträge im Schwerpunkt

Eine Diskussion um Feminismus im Jahr 2012 muss folglich drei Ziele erfüllen, für die wir mit den Beiträgen dieses Schwerpunkts die Diskussion eröffnen wollen: Es muss, **ers-****tens**, ein gemeinsames Leitbild entwickelt werden. Der Beitrag von *Uta Biermann und*

anderen diskutiert die Notwendigkeit eine übergreifende Zielstellung für eine kohärente sozialdemokratische Gleichstellungspolitik zu finden und stellt einen solchen Ansatz zur Diskussion. *Ingrid Kurz-Scherf und ihre Kolleginnen* beschreiben, dass auch heute trotz der Kritik an dem Dreigestirn der Moderne - nämlich die Idee der komplexen Gleichheit, der sozialen Freiheit und der emanzipatorischen Solidarität - diese auch heute noch zentrale Anknüpfungspunkte für einen (oder mehrere) neuen Feminismus bilden und leitend für diesen sein könnten.

Zweitens müssen, wie bereits oben angemerkt, neue Bündnisse geschmiedet und Verbündete gesucht werden. Doch mit wem haben wir es bei diesem „neuen Feminismus“ eigentlich zu tun? Wer sind die AkteurInnen, was sind ihre Ziele? In welchen Punkten finden wir Anknüpfungspunkte und wo eher nicht? Diesen Fragen spürt *Katharina Oerder* in ihrem Beitrag nach. *Gisela Notz* zeichnet in ihrem Beitrag die Entwicklung des Feminismus in Ost- und Westdeutschland nach und beschreibt Unterschiede und Parallelen in deren Geschichte. Sie liefert damit eine Erklärung für das Fehlen eines gemeinsamen feministischen Projekts in den vergangenen zwei Dekaden.

Drittens braucht es konkrete Ansatzpunkte für ein politisches Handeln. *Vivien Barlen* und *Claudia Bogedan* zeigen, dass die Verteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern eine zentrale Schlüsselgröße der Ungleichheiten im Arbeitsmarkt sind.

Mit diesem Heft wollen wir die Diskussion um den Feminismus des 21. Jahrhunderts neu entfachen, Kontroversen anstoßen und das Thema entlang zeitgemäßer Interpretationsvorschlägen zurück ins Zentrum einer kritischen, linken Politik rücken. Wir müssen neue Bündnisse für den Feminismus finden, ihn immer wieder zum Thema machen, konkrete, politische Lösungen für kon-

krete Probleme von Frauen heute aufzeigen, Gleichstellungspolitik stets als soziale Frage und Frage ökonomischer Teilhabe begreifen, gesellschaftliche Strukturen ändern und nicht nur im individuellen verhaften bleiben. Letztlich gilt es an der grundlegenden Idee gesellschaftlicher Emanzipation – und somit solidarischer, kollektiver Ansätze – als Notwendigkeit individueller Emanzipation anzuknüpfen. ■

☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

☞ Katharina Oerder promoviert in Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität Bonn und ist Stellv. Juso-Bundesvorsitzende.